



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abschluß 50 Pf., außer halb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratensätze für den Raum einer sechszeiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befehlungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 338. Mittags-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 22. Juli 1876.

## Deutschland.

Berlin, 21. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Schutzmachermeyer Albert Müller zu Potsdam das Prädikat eines königlichen Hof-Schutzmachermeyers verliehen.

Se. Majestät der König hat zum Präsidenten des Disciplinarhofes für die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten den Unterstaatssekretär des Justizministeriums und zu Mitgliedern desselben 1) den Ober-Tribunals-Rath Clausen, 2) den Ober-Tribunals-Rath Dr. v. Gräbenitz, 3) den Ober-Tribunals-Rath Schlotka, 4) den Ober-Tribunals-Rath Dr. v. Gräbenitz, 5) den Ober-Tribunals-Rath Delius, 6) den Ober-Tribunals-Rath Busch, 7) den Geheimen Ober-Justiz-Rath Schömer, 8) den Geheimen Ober-Regierungs-Rath Lucasius, 9) den Geheimen Ober-Berg-Rath Freyherrn v. d. Heyden-Ruppsch, 10) den Geheimen Ober-Regierungs-Rath Dr. Forch auf die drei Jahre vom 1. September 1876 bis 1. September 1879 ernannt.

Verstet ist: Der Kreisgerichts-Rath Voigt in Jarmen an das Kreis-Gericht in Ludaun, der Kreisrichter Kamm in Labes an das Kreis-Gericht in Büllichau, mit der Function als Gerichts-Commissar in Schwiebus, der Kreisrichter Kubach in Rabden an das Kreis-Gericht in Bielefeld, mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Halle in Westf., der Kreisrichter Essing in Meinerzhagen an das Kreisgericht in Teulenburg und der Kreisrichter Bach in Schwerin a. W. an das Kreisgericht in Kamisch. — Zu Kreisrichtern sind ernannt: Der Gerichts-Inspector Kubischel bei dem Kreisgericht in Berlin, mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Alt-Landsberg, der Gerichts-Assessor Geisler bei dem Kreisgericht in Bielefeld, der Gerichts-Assessor Kellert bei dem Kreisgericht in Jarmen, der Gerichts-Assessor Kretzel bei dem Kreisgericht in Stadal, mit der Function als Gerichts-Commissar in Tangermünde, der Gerichts-Assessor Althaus bei dem Kreisgericht in Nordhausen mit der Function als Gerichts-Commissar in Elrich, der Gerichts-Assessor Stod bei dem Kreisgericht in Olpe, mit der Function als Gerichts-Commissar in Kirchbündel, und der Gerichts-Assessor Schmidt bei dem Kreisgericht in Schneidemühl. — Der Friedensrichter Jösten in Bieren ist gestorben. — Der Kreisrichter Kube in Liebenwerda ist zum Staatsanwalts-Gehilfen bei dem Kreisgericht in Frankfurt a. O. und der Gerichts-Assessor von Boddien zum Staatsanwalts-Gehilfen bei dem Kreisgericht in Anklam ernannt. (Reichs-Anz.)

Berlin, 21. Juli. [Die Reuleaux'schen Berichte über die Ausstellung.] Die Kreistagswahlen. — Der bekannte Brief des Professors Reuleaux in der „Nat.-Ztg.“, welcher mit Nr. I. eine Serie von Ausstellungsberichten begann, war vom 2. Juni datirt und vor länger als drei Wochen in der Zeitung abgedruckt. Nach dem großen Aufsehen und der lebhaften Polemik, welche der Brief hervorgerufen, durfte man auf die weiteren Briefe einigermaßen gespannt sein, selbst unter der Voraussetzung, daß der Widerhall jenes Aufsehens noch nicht zu dem Verfasser gedrungen sein sollte. Man meinte, derselbe würde das Bedürfnis haben, seine in dem ersten Briefe so leicht hingeworfene Ansicht weiter und eingehender zu begründen. Heute ist nun Nr. II. der Berichte, vom 20. Juni datirt, erschienen, aber er enthält nichts als eine absolut feuilletonistisch gehaltene Beschreibung eines Ausfluges auf Eisen- und Pferdebahnen mit so dürftigem Inhalt, daß man aus dem Charakter dieses Briefes in der Annahme bestärkt wird, daß Herr Reuleaux auch, als er das erste Feuilleton hinwarf, schwerlich geglaubt hat, daß dasselbe in Deutschland so ernst genommen werden würde, wie es der Fall war. Uebrigens tritt diese Ansicht und Würdigung des Reuleaux'schen Briefes auch in der ersten Presse mehr und mehr hervor. — Zu den eigentlich politischen Wahlen kommen in diesem Jahre auch noch neue Kreistagswahlen hinzu, die ersten seit der Einführung der Kreisordnung. Es handelt sich dabei um die Erneuerung der einen Hälfte der im Jahre 1873 gewählten Kreistags-Abgeordneten, während die andere Hälfte im Jahre 1879 neu gewählt werden wird. Den Anordnungen für die Wahlen selbst muß diesmal eine neue Festsetzung der Wahlbezirke und der Zahl der Kreistags-Abgeordneten vorausgehen, wobei die Ergebnisse der letzten Volkszählung zu Grunde gelegt sind. Die Aufstellung der Listen der Wahlberechtigten erfolgt sodann durch die Kreis-Anstalten. Die erforderlichen Befehle sind schon vor einiger Zeit vom Minister des Innern erlassen. Die Verzeichnisse der Wahlberechtigten werden überall durch die Kreis- und Amtsblätter veröffentlicht. — Der Minister des Innern hat in einem Specialfalle über die Verwendung von Kindern unter 14 Jahren bei dem Gewerbebetriebe im Umherziehen sich dahin ausgesprochen, daß die Mitwirkung solcher Kinder bei dem Betriebe von Schaustellungen für unstatthaft zu erachten ist, wenn diese Mitwirkung angeblich vorzugsweise zum Zwecke ihrer Vorbereitung und Ausbildung in den betreffenden Verrichtungen erfolgen soll. Die Annahme, daß eine Beteiligung der Kinder unter 14 Jahren an den öffentlichen Schaustellungen, falls dieselben den Kindern zur Erlangung der erforderlichen Dreifachigkeit behilflich sein soll, in größeren Städten und namentlich in Berlin gestattet werde, ist thatsächlich unzutreffend; vielmehr ist das Berliner Polizei-Präsidium noch in neuester Zeit auf das Unzulässige der ausnahmsweisen Gestattung einer derartigen Verwendung von Kindern unter 14 Jahren, welche am Orte der Schaustellung nicht einheimisch sind, hingewiesen worden.

Berlin, 21. Juli. [Der Postverkehr.] Der Personalschub. — Die Legislaturperiode. — Reichs-Verkehrs-Ministerium. — Revision der Gewerbeordnung. — Wie bereits früher erwähnt worden, hat die deutsche Reichspostverwaltung kürzlich für 1875 eine Statistik erscheinen lassen, welche nach vergleichenden Seiten hin von großem Interesse ist, weil gleichzeitig damit ein Bild des geschaffenen Verkehrs gegeben und hier an der Hand trockener Zahlen gezeigt wird, wie derselbe, d. h. nicht der Postverkehr an sich, zurückgegangen ist. Auf ein näheres Eingehen dieser 2 3/4 enggedruckte Duerbogen umfassenden Statistik muß verzichtet werden, doch genüge die Anführung, daß die Zahl der Postanstalten von 6462 im Jahre 1874 auf 6555, die der Postbriefkasten von 33,070 auf 34,035 und die Zahl der Orte, in welchen Postbriefkasten aufgestellt, von 24,849 auf 26,012 gestiegen sind. Der Gesamt-Geld-Verkehr innerhalb des deutschen Reichs-Post-Gebiets ist im Gesamtbetrage (wobei es sich nur um den auf den Adressen angegebenen Handel kann) von 12,971,524,452 Mark vermindert worden. Postwerthzeichen wurden für 69,838,633 M. 25 Pf. abgesetzt. Mit deutschen Posten waren 4,455,922 Personen gereist (gegen 4,938,533 des Vorjahres). Die Gesamteinnahme betrug 103,781,313 M. 9 Pf., die Gesamtausgabe 94,567,724 M. 64 Pf., welcher letzteren noch die außergewöhnlichen Ausgaben mit 985,089 M. 1 Pf. hinzutreten, so daß der Ueberschuß auf 8,228,499 M. 44 Pf. zu sehen kommt. — Die Frage wegen des Patentschutzes ist im Prinzip schon früher von dem Bundesrathe bejahend entschieden worden und bekanntlich eine Sachverständigen-Commission zur

Feststellung der Einzelheiten berufen worden. Ueberdies kann, nachdem man sich für ein Marken- und Musterrecht-Gesetz entschieden hat, die Erfindungspatente nicht füglich abschaffen wollen. Schon vor 33 Jahren fanden Verabredungen zwischen den Zollvereinsstaaten über die bei Patent-Ertheilungen zu befolgenden Grundsätze statt und erst später, vor 12 bis 13 Jahren, lag es im Plane, den Patentschutz wenigstens in Preußen ganz fallen zu lassen, zu welchem Zwecke schon technische Gutachten eingefordert worden waren, was darauf schließen ließ, daß man in bestimmten Kreisen für Aufhebung des Patentschutzes gewesen. Auch der Patentschutz fand bis zuletzt viele Gegner, welche dann mit Rücksicht auf das Reichsland Zugeständnisse machten. — Die jetzt wieder angeregte Frage, von wann ab eigentlich eine Legislaturperiode dauere, ob vom Tage der Wahl oder von dem der Einberufung, ist insofern keine Streitfrage mehr, als nach angenommener Praxis der Tag des wirklichen Zusammentritts der Kammern oder des Reichstages als Anfang gilt, da von diesem ab doch erst die Thätigkeit der Mitglieder beginnen kann, und ein, sei es auch nur vorläufig constituirtes Haus erst nach der Eröffnung vorhanden sein kann. Auch die Motive zu der Verfassungs-Urkunde und die Berichte der Central-Abtheilungen der Revisionskammern führen zu der Annahme, daß der Eröffnungstag auch die Legislaturperiode eröffne. — Verschiedentlich ist in Berichten von Handels-Vorständen auf Errichtung eines (Reichs-) Verkehrs-Ministeriums hingedeutet worden, die Ausführung aber vorerst nicht zu erwarten, da eine solche einseitige Regelung eines wichtigen Verwaltungszweiges nicht zu erwarten ist und die Einzelstaaten auf die Leitung des Eisenbahnwesens bekanntlich sehr eifersüchtig sind. Allerdings kommt hier das Project wegen der Eisenbahn-Centralisirung, bei dem Reiche in Betracht, doch scheint dieses Project zunächst zurückgelegt, da der Bundesrath mit der Angelegenheit noch nicht befaßt werden wird. Was später geschehen wird, bleibt abzuwarten. Ebenfalls wird von preussischer Seite ein weiterer Antrag auf Revision des Strafrechtsbuchs gestellt werden, vielmehr wird man sich mit der Novelle vom 26. Februar d. J. genügen lassen. Dagegen liegt es in der Absicht der preussischen Regierung, eine Aenderung der Reichs-Gewerbe-Ordnung insofern herbeizuführen, als es einer gewissen Kategorie von Gewerbetreibenden, wie die Drahtzieher, Seiltänzer, Musikanten u., ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben, nicht mehr gestattet werden soll, für den Fall, daß sie criminalrechtlich bestraft sind, zwei Jahre nach verbüßter Strafe einen Hausfrieden zu erlangen.

[Der Unterrichtsminister] hat unterm 20. v. M. folgendes Rescript an die Provinzial-Schulcollegien erlassen:

Nachdem ich aus dem Berichte . . . und den eingereichten Gutachten ersehen habe, an welchen erheblichen Mängeln das deutsche Lehrbuch für höhere Schulen von H. Bone in seinen beiden Theilen leidet, finde ich mich veranlaßt, den ferneren Gebrauch desselben auf sämtlichen höheren Lehranstalten der Monarchie, soweit dieselben in das Rescript der Unterrichtsverwaltung gehören, hiermit zu verbieten. Das königl. Provinzial-Schulcollegium wird demnach die Directoren, beziehungsweise Rectoren der beregten Schulen sofort aufzufordern haben, von dem nächsten Semester ab für die Einführung eines anderen geeigneten Lehrbuches Sorge zu tragen und seinerseits darauf achten, daß unter den vorhandenen Lehrbüchern für katholische höhere Lehranstalten nur solche ausgewählt werden, welche geeignet sind, eine echt christliche, nationale und humane Geistes- und Gemüthsbildung zu fördern, vor ungesunder Sentimentalität zu bewahren und die Begeisterung für die Schätze unserer Literatur, sowie die Verehrung für die hervorragenden Vertreter derselben zu wecken und zu erhalten. Inhalt, Form und Anordnung des gegebenen Lehrstoffes bedürfen der eingehendsten Prüfung, bevor ein Antrag auf Einführung eines solchen Buches genehmigt oder zur Genehmigung mit vorgeschlagen wird. Zum 1. Dec. d. J. erwarde ich Anzeige, welche Lehrbücher in der dortigen Provinz bei den höheren Lehranstalten an Stelle des Bone'schen getreten sind. (gez.) Falk.

Greifswald, 20. Juli. [Auflösung.] Am 14. d. hat, wie das „Greifsw. Tageblatt“ mittheilt, in Eldena die Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins ein eigenthümliches Schicksal getroffen. Nach der Erledigung der sonstigen Tagesordnung kam man an den ominösen Punkt von den Vorstellen der Agrarier für die Landwirtschaft. Da erklärte der Ortsvorsteher, Geheimrath Dr. Baumstark, er werde die Discussion dieser ungewissenhaft politischen Frage nicht dulden, weil die Versammlung nicht dem Gesetze gemäß 24 Stunden zuvor der Ortsvorsteherbehörde angemeldet sei. Als nun trotz dieser Erklärung und trotz wiederholter Mahnung der Vorsitzende des Vereins sich nicht dazu entschließen konnte, ohne Weiteres den Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen, wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst. Uns dünkt, bei der Zweifelschärfe der Frage, ob der beanstandete Punkt wirklich politischer Natur war, hätte der Ortsvorsteher mit der Auflösung warten können, bis die Erörterung zweifellos auf politisches Gebiet geführt haben würde.

Leipzig, 20. Juli. [Bescheid.] Zufolge Beschlusses vom 6. d. M. hatte die hiesige Handelskammer sich beim Generalpostmeister dafür verwandt, daß die Post- und Telegraphenkassen angewiesen werden möchten, diejenigen Banknoten, welche die Reichsbank in Zahlung nimmt, ebenfalls in Zahlung zu nehmen. Daraus ist hier heute folgende Antwort zugegangen:

Der Handelskammer erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 11. d. M. ergebenst, daß ich zu meinem Bedauern mir versagen muß, die auf Grund sorgfältiger Prüfung gezeigten Gründen für die Zulassung von Privatbanknoten bei den Post- und Telegraphenanstalten schon jetzt zu erweitern.

München, 19. Juli. [Die bairische Abgeordneten-Kammer] erledigte am 17. den Cultusetat ganz nach den Vorschlägen des Ausschusses und bewilligte die Gesamtsumme im Betrage von 19,902,350 Mark. Der Antrag von Kraupold und Genossen auf Gewährung von Dienstalterszulagen für protestantische Pfarrer wurde von der Kammer abgelehnt. In Bezug auf die altkatholischen Gemeinden erklärten Herz und Bött, von der Antragstellung auf Staatszuschuß bloß deswegen Umgang nehmen zu wollen, weil die Anträge von der Kammer doch nicht angenommen würden; es sei aber zu constatiren, daß die Altkatholiken ganz dieselben Rechte hätten, wie die anderen Confectionen. Minister Luz erklärte, daß er aus demselben Grunde die Einstellung einer Summe in das Budget vermindern habe. Die Staatsregierung beziehe über die Altkatholiken noch dieselbe staatsrechtliche Anschauung wie 1871. Würden die Mittel von der Kammer bewilligt, so würde die Regierung ihre Mitwirkung gewiß nicht versagen.

Aus der Sitzung der bairischen Abgeordnetenkammer am 15. d. lassen wir die Debatte über das Erfordernis für die polytechnische Schule in München folgen, weil sie zeigt, was für ein Ton in der

gegenwärtigen Kammer herrscht. Für die polytechnische Schule in München werden 380,728 Mark an ordentlichen und 20,140 Mark an außerordentlichen Ausgaben beantragt.

Referent Dr. A. Schmidt: Die Regierung habe hier die Mittel zur Errichtung je eines Lehrstuhles für deutsche Sprache und für höhere Baukunst und zur Anstellung eines außerordentlichen Professors der Geodäsie postulirt. Der Ausschuss beantragt, die Mittel zur Errichtung eines Lehrstuhles für die höhere Baukunst zu bewilligen, dagegen die Postulate für die beiden andern Gegenstände abzulehnen. Abg. Dechant ruft aus: Ich erkenne die Verdienste der polytechnischen Schule an, muß jedoch auch eine Schattenseite derselben hervorheben. Das seien die vielen Gresse der Studierenden. Er glaube, daß der in der Kammer anwesende Professor an der polytechnischen Schule, Dr. Hauschofer, der immer mit großem Eifer gegen die schlimmen Seiten der katholischen Kirche losziehe, auch gegen diese Gresse einschreiten werde. Hr. Dr. Hauschofer habe sich der Verhaltung des Antrages Hakenbrädel, die Heiligung des Sonntags betreffend, dahin geäußert, daß die Geistlichen an den Sonntagsvormittagen den Anachören ihrer Pfarrei eine bessere geistige Kost bieten sollten, als sie in Puchbrunn geboten werde. Die Gresse der Studierenden an der technischen Schule bestanden in der Ueberhandnahme der Duell. Er verweise in dieser Beziehung nur auf die Gesichter der jungen Leute. Er sei nicht so ungerecht, die Schuld den Professoren in die Schuhe zu schieben, wie es Dr. Hauschofer bei Verhaltung des Antrages Hakenbrädel bezüglich der Geistlichen gethan, müsse jedoch die Mithmahnung aussprechen, daß die den Studierenden gereichte Kost nicht immer die beste sei; denn wenn der Geistesunterricht so ertheilt werde, wie es Dr. Hauschofer wünsche, dann bebauere er dies. Wenn Dr. Hauschofer sage, er erinnere sich mit Ekel an seinen Geistesunterricht, dann könne er, Redner sagen, daß auch Jünglinge des Dr. Hauschofer gesagt hätten, sie hätten Ekel empfunden, als Dr. Hauschofer die Statistiker der Vordelle zum Besten gab. (Große Unruhe links.) Dr. Hauschofer, der doch einen Einfluß auf die Studierenden üben könne, solle den Duellen steuern. Das Duell widerspreche der Vernunft, den kirchlichen und Staatsgesetzen. Professor Dr. Hauschofer habe selbst gesagt, daß es Gymnasialkassen gebe, die einen Badträger bezahlten, um sich einen Beichtstuel zu verschaffen. Eine solche Handlung sei eine infame Gemeinheit. (Unruhe.) Dr. Hauschofer greife, so oft er spreche, die Rechte und die katholische Kirche an, er rufe ihm zu: „Herr Professor, curiren Sie sich selbst!“ (Große Unruhe.) — Abg. Dr. Henle: Dieser Saal und die gegenwärtige Zeit seien nicht geeignet, sich in persönlichen Angriffen zu ergehen. Man siehe bei der Verhaltung des Cultus- etats. Wenn man von Duellen sprechen wollte, so hätte man dies bei den Positionen „Polizei und Gerichte“ thun sollen. Herr Hauschofer sei ein Gegner der Duell und doch duellire er sich selbst immer, aber nicht mit dem Degen, sondern mit Knütteln. (Unruhe. Widerspruch rechts.) — Präsident Hr. v. Dm erklärt, daß er den Ausdruck „Knüttel“ für nicht parlamentarisch halte. — Abg. Dr. Hauschofer acceptirt das gütliche Urtheil des Abg. Hauschofer über die polytechnische Schule. Hauschofer sage, die Professoren sollten ihren Jünglingen eine bessere Kost bieten. In das Dämmerlicht einer oberflächlichen Dorsicht bringe kein Lichtstrahl moderner Wissenschaft. (Es entsteht ein solcher Lärm, daß der Redner nur mit Mühe verstanden werden kann.) Er spreche dem Abg. Hauschofer die Fähigkeit und das Recht ab, über die am Polytechnicum gebotene Kost zu urtheilen. (Heftiger Widerspruch rechts.) Die Kost, die von der Kanzel in Puchbrunn geboten werde, lasse sich, was Qualität anlange, nicht mit der Kost an einer Hochschule vergleichen. Hauschofer habe einige Ausdrücke, wie „niederträchtige Gemeinheit“, gebraucht, die noch nie gebraucht worden seien, er halte dafür, daß die der Kammer gegönnte Zeit nicht zu persönlichen Angriffen verwendet werden solle. — Abg. Hauschofer: Er habe nie probocirt, sondern die Rechte werde immer probocirt. So sage Dr. Henle immer, „die geistlichen Herren“, „der geistliche Vorredner“, ihm (Redner) falle es nie ein zu sagen, „der jüdische Herr Vorredner“. Dr. Hauschofer sage, er (Redner) habe die Fähigkeit nicht, über die am Polytechnicum gebotene Kost zu urtheilen. Dr. Hauschofer habe auch die Fähigkeit nicht, über Predigten zu urtheilen, die er nicht gehört. (Bravo rechts.) Abg. Lerzer protestirt dagegen, daß in das Dämmerlicht der oberflächlichen Dorsicht das Licht der modernen Wissenschaft einbringen solle. — Abg. Dr. Henle zweifelt an der Wahrheitsliebe des Abg. Hauschofer, denn er (Redner) habe nicht die Gewohnheit, zu sagen: „der geistliche Herr Vorredner“, wenn Hauschofer mit dem Ausdruck „jüdischer Vorredner“ entgegen, so möge er das nur thun, er (Redner) sei diesen Ausdruck schon gewöhnt, denn er komme oft genug in der Caplanpresse vor. Er könne dem Abg. Hauschofer, selbst auf die Gefahr eines Ordnungsrufes hin, nur ein „Pui!“ zurufen. (Die Unruhe im Hause wird so groß, daß der Präsident bestigt klauen muß.) — Abg. Dr. Pfahler stellt den Antrag auf Schluß der Debatte. Für denselben erhebt sich fast die ganze Rechte. Der Präsident erklärt den Antrag für angenommen. Die Linke erhebt Zweifel, worauf der Präsident erklärt, daß die beiden Secretäre einig seien, daß die Mehrheit stehe. (Widerspruch links.)

München, 20. Juli. [Kammer der Abgeordneten.] Am Ministerium v. Pfeufer, Dr. von Jäufle. In Erledigung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung tritt das Haus in nochmaliger Abstimmung dem Antrag des Ministers v. Berr, die Petition der St. Anna-Schwestern betreffend, einstimmig bei. Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Prüfung der Wahl in Regensburg. Referent Abg. Stroßenteufel bemerkt, daß gegen diese Wahl eine auch von den Abg. A. Frhrn. von Hakenbrädel, Schels und Dr. Ludwig unterzeichnete Reclamation wegen ungeschieblicher Wahlkreis-eintheilung, Verletzung des Wahlkreismessens und Theilnahme unberechtigter Personen an der Wahl erhoben worden sei. Die Abtheilung habe die Angelegenheit geprüft und beantragte, der Reclamation keine Folge zu geben und die Wahl für gültig zu erklären. — Correferent Wildegger beantragt im Namen der Minorität der Abtheilung, die Wahl wegen Verletzung des Artikel 11 des Wahlgesetzes, zu cassiren. — Ministerialrath von Niedeck vertheidigt das Vorgehen des Regensburger Magistrates als ein durch das Gesetz gerechtfertigtes. — Minister v. Pfeufer erklärt, daß das alte Lied von der Wahlkreisgeometrie nachgerade langweilig für ihn, das Haus und das Publikum werde. — Abg. Frhr. v. Stauffenberg tadelt in längerer Rede das Vorgehen der Rechte, hält es nicht für correct, daß die Abgeordneten, welche die Reclamationen unterzeichneten, in eigener Sache Richter seien und schießt mit dem Appell an das Urtheil des Volkes. — Abgeordneter Walter weist den Vorwurf zurück, als ob die Rechte bei den Wahlprüfungen tendenziös verfahren. Abg. Stobäus bemerkt, daß ihm der Abg. Frhr. A. v. Hakenbrädel zugestanden habe, daß er die Reclamation unterzeichnete, ohne sie gesellen zu haben. (Große Heiterkeit.) Zur Berichtigung bestimmt bezeichneter Thatsachen erhalten das Wort die Herren Abgeordneten Wildegger und Dr. Bött. Letzterer erklärt dem Abg. Walter, der auf ihn Bezug genommen, daß er zur Zeit der Cassation der Münchener Wahlen „tendenzlos“ abwesend (in Berlin) gewesen sei. Bei der Abstimmung wird die Wahl von der geschlossenen Rechte cassirt. Präsident erklärt, daß sich die Abg. A. Frhrn. von Hakenbrädel, Schels und Dr. Ludwig der Abstimmung enthalten haben. Abg. Dr. Henle fragt zur Geschäftsordnung, wie der Präsident den eben gefassten Beschluß in Vollzug setzen wolle, da nach dem angenommenen Antrag Wildegger nur die Wahl des Abg. Stobäus, nicht aber die der Wahlmänner und Erschmäner cassirt sei. (Große Heiterkeit, links.) Präsident erklärt, daß er den Beschluß der Kammer dem Ministerium übergeben werde. — Der nächste Gegenstand betrifft die Wahlen in Sulzbach. Referent Schels beantragt die Wahl wegen geschwinder Bildung der Wahlkreise zu cassiren. In seiner Rede spricht Redner in Beziehung auf den Ministerial-Commissar Niedeck von „bewusster Unwahrheit“ und bezeichnet die Wahlkreis-eintheilung als eine scandalöse. Als sich der Regierung's-Commissar von Niedeck unter großer Aufregung und Unruhe im Hause derartige Zumuthungen verbat, rief der Präsident den Referenten Schels zur Ordnung. Abg. Frhr. v. Grisenbach bemerkt, daß durch die Wahlkreisgeometrie dem Volke das Recht der freien Wahl entzogen worden sei. Abg. Dr. Bött theilt dem Abg. Schels mit, daß man ihn für den Verfasser der in so ungewöhnlichem Tone gehaltenen Reclamation gegen die Regensburger Wahl halte. Abg. von Pöhl vermischt die Consequenz im Vorgehen des Abg. Schels bei Wahlprüfungen. Abg. Herz, auf dessen be-



kannten Brief sich der Abg. Schels bezogen hatte, bezeichnete das Benehmen des Letzteren als ein unqualifizierbares und wird deshalb zur Ordnung gerufen. (Große Unruhe.) Referent Schels glaubt, daß er mit dem Ausdruck „Bewußte Unwahrheit“ kein zu hartes Urtheil gefällt habe. Hierüber entsteht eine furchtbare Aufregung im Hause und großer Lärm: der Präsident läutet ununterbrochen und ruft den Abg. Schels abermals zur Ordnung. — Die Wahl von Sulzbach wird bei der nun folgenden Abstimmung von der Rechten cassirt. — Auf Antrag des Abg. v. Schauff wird die Sitzung um ¼ 4 Uhr auf morgen vertagt.

**Strasburg, 20. Juli.** [Der Bischof Räß] ist, wie französische Blätter melden, in Paris angekommen. Zweck der Reise unbekannt. Vor einigen Tagen hatte der Pariser „Univers“ unter dem Titel „Ein 80jähriger Bischof“ einen dithyrambischen Artikel auf Räß gebracht. Darüber geriethen die republicanischen Blätter in große Entrüstung und warfen dem Organ Veillots vor, wenn es diesen „germanisirenden bischöflichen Winger“ feiern könne, so scheine es schnell „vergessen“ zu haben. Der „Univers“ hat indes dem Strasburger Bischof wegen seiner Erklärung im Reichstag von Anfang an nicht übelgewollt. Ueberhaupt war das gute Einvernehmen mit den französischen Clericalen erster Ordnung deshalb seinen Augenblick getrübt. Räß scheint eben damals mit der vatikanischen Politik sich im Einklang befunden zu haben.

## Österreich.

**Wien, 21. Juli.** [Ein der österreichisch-französischen Staatseisenbahn-Gesellschaft gehöriges Dampfboot] mit Passagieren ist auf der Fahrt stromaufwärts von Baziasch nach Belgrad von serbischen Wachen mit einem ernstlichen Angriff bedroht worden. Ein herbeigeeilter serbischer Major verhinderte die Wachen zu feuern und verhinderte so ein sonst unvermeidliches Unglück. Der österreichische Generalconsul, Fürst Brede, ist in Folge dieses Vorfalls beauftragt worden, von der serbischen Regierung zu verlangen, daß sämtliche serbischen Wachen auf der Donau gänzlich eingezogen werden, um so mehr, als es der Intervention der österreichischen Regierung zu danken ist, daß die Pforte sich verpflichtet, mit der Donauflotte nicht über die Mündung des Timok hinaus operiren zu lassen. Die serbische Regierung hat sich bereit, die Eingehung sämtlicher Wachen auf der Donau über das Eisene Thor hinaus zu versagen. — Wie das „Telegraphen-Correspondenz-Bureau“ erfährt, würde, wenn die serbische Regierung auf die Aufforderung Oesterreichs nicht eingegangen wäre, eine sehr ernste Repression seitens Oesterreich eingetreten sein.

**Gastein, 21. Juli.** [Se. Majestät der Kaiser Wilhelm] ist hier eingetroffen und von der Bevölkerung mit freudigen Kundgebungen empfangen worden.

## Schweiz.

**# Zürich, 18. Juli.** [Ulramontanes. — Das Schützenfest. — Vermischtes.] Das Luzerner „Vaterland“ verübt mit der unverfrorensten Anmaßung folgende Erklärung: „Die Kirche hat ihre Einrichtung und ihre Aufgaben nicht (?) aus Menschenhänden, sondern von dem heiligen Geiste (wo?) empfangen und kann sich daher in der Erfüllung ihres Auftrages von keiner Weltmacht Grenzen stecken oder Normen aufstellen lassen. Sie darf sich von dem Wege, der ihr für alle Zeiten von dem Sohne Gottes gewiesen ist, durch menschliche Veranlassungen nicht abwenden lassen und deshalb Befehle, Gesetze, Verfassungen, welche sie an ihrer Mission zu hindern beabsichtigen, nicht als verbindend anerkennen (!). Sie selbst fordert für sich nur die Freiheit, ihrem Auftrage unbelästigt nachgehen zu dürfen“ (b. h. weiter nichts als über dem allgemeinen Gesetz zu stehen und im Namen der Freiheit die Menschen zu knechten). Wir rathen den hochwürdigen Priestern, welche das „Vaterland“ leiten, als Mittel der Selbsterkenntnis den Ausspruch Lichtenbergs zu benutzen: „Man kann wirklich nicht wissen, ob man nicht jetzt im Tollhause sitzt.“ Der Luzerner „Landbote“ spelt Gift und Galle, daß „die Altkatholiken nun einen sogenannten Bischof gemacht; einen Oberreligionshanswurst, einen Apostatenfabrik“ u. und verhöhnt, ganz uneingedenk der landläufigen Pfaffenunzucht, die Priesterere. „Wenn sich dann alle Pastoren beweist haben, so wachsen und schließen die jungen Pastorenkuben wie Pilze aus dem Boden und werden wieder Pastoren und die Weische auch wieder Pastorkinnen. So vermehrt sich der altkatholische Heerbann des „Bischofs“ Herzog wie die Mälfäse“ u. — Die altkatholischen Pfarrer im Berner Jura haben inmitten einer römisch-fanatistischen Bevölkerung noch immer viel zu leiden. Jüngst begegnete der Pfarrer von Grandfontaine einer Hochzeitsgesellschaft in Fochy, welche, um die Festigkeit ihres Glaubens zu beweisen, ihn beleidigte und mit Steinen bewarf. Nachher verfolgten ihn Kinder, die ihm allerlei Schimpfnamen nachriefen. — Nach der neuesten Zählung ist das Militärsteuergesetz mit 183,406 gegen 155,279 Stimmen verworfen worden. Man glaubt, daß es bei neuer, kaum veränderter Vorlage durchgehen wird. — Das eidgenössische Schützenfest ist in vollem festlichen Gange. Vor 40 Jahren fand es ebenfalls in Lausanne statt, freilich in äußerst bescheidenen Grenzen; der Betrag der Ehrengabe war damals noch nicht 10,000, jetzt ist er fast 200,000. Die aus St. Gallen gekommene eidgenössische Schützenfahne wurde vom Nationalrath Sager dem Nationalrath Ruchonnet übergeben; in ihren Reden drückten sie die Freude aus, daß der Zwiespalt zwischen der deutschen und welschen Schweiz während der Bundesrevision sich in brüderlichen Wohlgefallen aufgelöst habe. Ruchonnet betonte sehr nachdrücklich den Wunsch der Schweiz, daß die Völker zur Vermeidung von Kriegen ein internationales Schiedsgericht schaffen möchten; die Schweizer dächten zwar an keine Entwaffnung, führten und übten aber ihre Waffen nur zum Zweck der Vertheidigung des Vaterlandes. — Bei der polnischen Feier des amerikanischen hundertjährigen 4. Juli in Rapperswil sprachen Graf Plater und andere Polen, Professor Rinkel, der amerikanische Gesandte Rublen u. A. Plater entwarf unter Anderem ein Bild „von der unsicheren Lage Europas inmitten zerstörter Verträge und Rechte“ und wies auf „den schlagenden Widerspruch hin, welchen diejenigen zur Schau tragen, die sich einerseits als Vertheidiger des Aufstandes aufwerfen, um Nationalität, Religion in der Türkei zu schützen, und andererseits die gleichen Elemente in Polen zerstören.“ Der Redner schloß mit dem Worte eines berühmten Geschichtsschreibers: „Europa wird so lange krank bleiben, bis Polen hergestellt ist.“ — Die Marschallin Mac Mahon hat Namens des Central-Comité's für die französischen Wasserbeschädigten den Schweizerischen 150,000 Francs geschenkt; die Schweiz stand dem südländischen Frankreich mit einer halben Million bei. — Ende Juni hatte der Gotthardtunnel 6333 Meter im Nichtsollen erreicht. — Die gemeinnützige Gesellschaft in Basel hat in ihrem 99. Jahre 1875 die Summe von 122,874 Francs für ihre zahlreichen verdienstlichen Zwecke verwendet. — Ein schätzbarer Hausknecht, der mit 8000 Thlr. durchgebrannt war, ist zu Luzern in sichere Obhut genommen und seiner theuren Heimath zurückgegeben worden.

## Italien.

**Rom, 17. Juli.** [Aufklärungen. — Altkatholische Gemeinde. — Synchusitz.] Dem „Pungolo“ wird berichtet, daß der Chef des Auswärtigen Amtes seinem dem Senat gegebenen Versprechen gemäß von den italienischen Consuln und Consularagenten in der europäischen Türkei Aufklärungen über Acte des Fanatismus, welche von Muselmännern gegen Christen begangen worden sein sollen,

verlangt hat, und vom Consul Degubernatis in Rustschuk soll bereits Antwort eingetroffen sein. Dieser war früher in Janina Consul, wurde aber im Frühjahr nach Rustschuk an die Donau versetzt, weil die politischen Ereignisse schon damals zu erkennen gaben, daß dieses Consulat einer der Hauptbeobachtungspunkte des Kriegsschauplatzes werden würde. Herr Degubernatis hat von seinem Standquartier aus häufig Ausflüge in die Umgegend gemacht und die Regierung über die Italiener, welche an den türkischen Eisenbahnen arbeiteten und sich hernach den Aufständischen angeschlossen, in Kenntniß erhalten. Da er mit einigen derselben Verbindungen unterhält und auch mit dem italienischen Consul in Sofia im Verkehr steht, so ist er natürlich über die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz in Bulgarien vollkommen unterrichtet. Seine Berichte bestätigen zum Theil wenigstens die den Türken nachgesagten Grausamkeiten gegen die Christen und constatiren 25 Fälle, in denen Christenmädchen von fanatischen Muselmännern lebendig verbrannt oder auf andere Weise umgebracht worden sind. Die türkischen Behörden thun, was sie vermögen, dagegen und in den Städten gelingt es ihnen, den Fanatismus im Zaum zu halten, auf dem Lande aber sind ihre Befehle und Verordnungen erfolglos. — Nun beginnt auch in Rom sich eine altkatholische Gemeinde zu bilden, deren Mitglieder aber bedeutend radicaler sind, als ihre übrigen Glaubensgenossen. So fordern dieselben, daß nicht nur die Pfarrer und die Bischöfe, sondern sogar auch der Papst selbst durch das Volk gewählt werden solle. — Sicilianische Blätter berichten, daß die dortige Bevölkerung anfängt, an den Briganten Synchusitz auszuüben. Ein Augenzeuge berichtet, in der Gegend von Nicotia zwei in ihrem Blute schwimmende Briganten gesehen zu haben, die eben vom Volke gehängt worden waren.

## Frankreich.

**Paris, 19. Juli, Abends.** [Senat. — Neues Blatt. Beförderung.] Die Rechte des Senats will in Voraussicht einer Niederlage dem entscheidenden Votum über das Waddington'sche Gesetz aus dem Wege geben. Sie beabsichtigt, eine Vertagung auf ein Jahr zu reclamiren, damit man inzwischen einen Versuch mit den gemischten Commissionen machen könne. Natürlich ist weder die Regierung, noch die Linke geneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen. Heute hält Dupanloup seine Rede. Soweit die durch das Unterrichtsgefez hervorgerufene Aufregung es zuläßt, ist die Wahl eines Nachfolgers C. Périers der Gegenstand des Gesprächs in den Couloirs von Versailles. Man hat bemerkt, daß Chesnelong von der Rechten zu seiner gesicherten Ernennung zum Lebenslänglichen beglückwünscht worden. Und in der That scheinen sich die Legitimisten, die Orleanisten und die Bonapartisten geeinigt zu haben. Nach gemeinsamen Uebereinkommen wird der General Vinoy für die zweitnächste Vacanz vorgeschlagen werden, und alsdann werden die Orleanisten ihrerseits einen Candidaten aufstellen, der von der gesammten Rechten angenommen wird. Dieser Candidat ist sogar schon bestimmt, wie es heißt; die Wahl der Orleanisten wäre auf G. Hervé, den ehemaligen Chefredacteur des „Journal de Paris“ gefallen. — Eine Gruppe von Deputirten beabsichtigt, ein parlamentarisches Blatt unter dem Titel „Revue republicaine“ herauszugeben. — Der Duc Decazes ist zum Großoffizier der Ehrenlegion befördert worden.

**Paris, 20. Juli.** [Aus dem Senat. — Revolte. — Abberufung. — Offenbach.] Die Debatte im Senat zieht sich in die Länge. Es gilt jetzt allgemein für ausgemacht, daß der Waddington'sche Gesetzentwurf auch im Senat eine, wenn auch nur geringe Mehrheit finden wird; aber die Opposition sträubt sich und sucht den Republikanern diese Genugthuung so lange als möglich vorzuenthalten. Gestern schied die Rechte den Bischof Dupanloup auf die Tribüne; seine Rede und die Replik J. Simon's füllten beinahe die ganze Sitzung. Dupanloup machte, wie sich das vermuthen ließ, die „erworbenen Rechte“ der freien Facultäten geltend. Er sprach von dem vor Jahresfrist der Nationalversammlung abgerungenen Unterrichtsgefez ungefähr so, als ob dasselbe schon seit einer Reihe von Generationen bestände, als ob seine Abschaffung die Solidität des ganzen Staatgebäudes in Gefahr bringe und das Vertrauen der Bürger in die Zuverlässigkeit der Gesetzgebung vollständig erschüttern müßte. Nun ist aber bekanntlich gerade die Bestimmung, welche der Unterrichtsminister beseitigen will, nämlich die Einsetzung der gemischten Prüfungscommissionen noch gar nicht angewendet worden. Gleichwohl, meint Dupanloup. Die katholischen Universitäten sind gegründet, und da sie ohne das Institut der gemischten Prüfungscommissionen nicht bestehen können, so darf man dasselbe nicht abschaffen. Nach Dupanloup ist es grundfalsch, daß ein Gegensatz zwischen der katholischen Kirche und dem modernen Fortschritt bestehe. Ich bin traurig, meine Herren, sehr traurig, sagte der Prälat; wir haben immer wieder gegen längst widerlegte Irthümer anzukämpfen und einen längst erschöpften Gegenstand von Neuem zu behandeln. Diese Traurigkeit schien sich allmählig, mit einiger Langlewisse gemischt, der ganzen Versammlung zu bemächtigen. Die Rechte applaudirte ohne Wärme, und sie war vielleicht zu entschuldigend, da Dupanloup selber nicht in den Zug kam und man ihm wenig den feurigen Ranzelredner von ehedem anmerkte. Er erhob sich erst zu größerer Energie, als er dem Ministerium, und besonders dem Unterrichtsminister Waddington, zu Leibe ging und ihnen vorwarf, aus schmählicher Gefälligkeit für die Republikaner die Rechte der Kirche anzutasten. Vermuthlich werden die Minister auf diese Anklagen heute antworten, und die Debatte wird damit zum Abschluß kommen; einweilen antwortete gestern im Namen der Linken Jules Simon, und einen gefährlicheren Gegner konnte Dupanloup nicht wohl finden. Das französische Parlament hat gegenwärtig keinen Redner, der es versteht, so wie J. Simon einen entschiedenen Widerspruch in die höchste, geschmeidigste Form zu kleiden. In diesem Stücke hat der ehemalige Unterrichtsminister von Thiers' Regierung sich gestern selbst übertroffen. Er sprach von der Religion und der katholischen Kirche in Ausdrücken, welchen auch die Rechte ihren Beifall nicht versagen konnte, aber er charakterisirte darum nicht minder treffend die Anmaßungen des Clerus und zeigte, daß man dem Staate nicht zumuthen könne, das Prüfungsrecht den Professoren der katholischen Facultäten zu übertragen, da er diese Professoren noch gar nicht kennt und da er starken Grund hat anzunehmen, daß sie Grundsätze lehren werden, welche er, der Staat, mißbilligen muß. Was Dupanloup's Bemerkungen über die angebliche Unzuverlässigkeit und Wandelbarkeit der Gesetze angeht, so erinnert J. Simon an die große Veränderung, welche sich in den Wahlen, also mit dem Einverständnis und dem Willen der ganzen Nation vollzogen hat. Das Land kann schwerlich an dieses, mein erstes Ableben erinnere, will ich nicht nach dem serbischen Lande gehen, um nicht einem zweiten, wenn auch nur in einem Zeitungsblatt, anheimzufallen, um das alte Wort zu Schanden zu machen: „Man stirbt nur einmal.“ Mehrmal ist completer Luxus und ich bin ein schlichter, einfacher Mensch, der seine Steuern den lebendigen Vorgesetzten qualtallter pünktlich, wenn auch mit Widerwillen, wiederholt zahlt, dem Tode aber nur einmal, wenn sich dieser bei mir als berechtigter Steuer-Receptor legitimirt. — Zudem beginnt meine und wohl vieler Anderer aufrichtige Theilnahme an der ganzen türkisch-serbischen Geschichte zu erkalten, weil sich die Theilnahme der europäischen Staatsmänner so ungeheuer rührig zeigt in ihren Bemühungen, den Rebellen-Putsch zu „localisiren“, den euro-

päischen Frieden intact zu erhalten, wenn es auch den einfachen, nicht diplomatischen Gemüthern manchmal so vorkommt, als ob die neu-geformten Mächte unserer Zeit als treffliche Handhabe zu benutzen wären, um den blutigen Scherz perennirend zu erhalten. Carl von Rumänien taucht zu deutlich als derartige Handhabe in diesem Augenblick auf, und alle Die, die an den Folgen der walachischen finanziellen Plünder leiden, könnten freudig wie junge Hengste wiehern, wenn es der betreffenden Diplomatie — der Frieden erhaltenden — gelänge, den Sultan zu bewegen, den Rumänen fortan den vor Kurzem noch gewährleisteten Tribut zu erlassen, damit dieser fortan zur Befriedigung der christlichen und mosaischen gläubigen Gläubiger benutzt werden könnte. Dank den Staatsmännern, die das Alles so nett und glatt zu Wege gebracht und noch bringen werden.

## Von der Weltausstellung in Philadelphia.

Reisestizzen von R. Elcho.

Frankreich.

(Schluß.)

Barbizet's Palissywaaren haben auch einen großen Reichtum jener grotesken Darstellungen aufzuweisen, die man als die Vertirung jenes Kunst-Industriezeigs bezeichnen darf: jene Schüsseln, welche mit Fischen und Krebsen bedeckt, Vasen, auf denen dicke Karpfen als Ornament angebracht sind und was dergleichen Spielereien mehr sind. Wie beliebt diese Dinge vor hundert und zweihundert Jahren waren, beweist uns das Schloßchen Favorite bei Rastatt, die Sommerresidenz und Bäderklaus der schönen Markgräfin Sibylla. Hier ist der Speisesaal mit Palissywaaren und Delfter Geschirren so angefüllt, daß man eine üppige Gartküche vor sich zu sehen meint. Im Einklang mit diesen grotesken Darstellungen älteren Stils stehen die der modernen Zeit. Barbizet hat nämlich alle jene Caricaturen, welche die Offenbachiden geboren, für seine Industrie ausgebeutet und es wimmelt in dieser Gruppe von General-Bumbums, Mamsell Angots und Ritter Blaubarts.

So reichhaltig die französische Gruppe der Kunstindustrie in Bezug auf glasierte Waaren immer ist und so schöne Stücke sich unter den Porzellansachen befinden, so muß es doch befremden, daß gerade die neueste Technik, welche französischer Erfindungsgebe ihre Entstehung dankt, in ihrer Abtheilung unvertreten blieb, ich meine das pâte sur pâte. Arbeiten dieser Art sind nur im Lager der Engländer zu finden und hier haben sie der Londoner Firma Daniell zu einem wahren Triumph verholfen; doch davon später!

Wie es zu erwarten stand, fand man auch diesmal in der französischen Abtheilung die herrlichsten Bronzen und zwar bei Marchand und Sasse Frères. Auf diesem Gebiete erweist sich Frankreich gleichfalls als eine ungemein schöpferische Kraft, und so rasch sich auch immer die Ausstellungen folgen mögen, man kann getrost sein, eine Reihe interessanter Novitäten zu finden. Bekanntlich versetzen es die Chinesen und Japanesen vortrefflich, ihren Bronzefasen alle erdenklichen Schattirungen zu geben. Diesen Vortheil haben auch die Franzosen erkannt und benützt, und erzielen damit die malerischste Wirkung. Ein Negar-paar wird beispielsweise dargestellt, das vom Felde kommt. Die schwarzen Leiber der Afrikaner sind von zerlumpten Stoffen in hellbrauner Farbe nur halb verhüllt, Arbeitswerkzeug und Körbe haben ihrer natürlichen Gestalt und Farbe. So sieht man denn in dem Wald von Kandelabern, Lampenträgern, Statuetten, Vasen und Becken alle Farbenabstufungen vom dunkelsten Braun bis zur hellsten Zinnlegirung. Und welche feine Linien zeigen diese graziösen Frauenbilder, diese herrlichen Männerköpfe, es ist eine Lust, diese Mannichfaltigkeit in der Erfindung und Sorgfalt in der Ausführung zu bewundern. Ein Russe nur darf seine Bronzen denen der französischen Abtheilung als ebenbürtig zur Seite stellen, allein dieser Russe ist von Geburt ein Franzose und seine Lehrszeit hat er in Paris durchgemacht. Marchand stellte in dieser Gruppe einen Runddivan auf, der wahrhaft bewundernswürth ist. Sitz- und Rückwand sind mit grünem Atlas überzogen, allein die Sitz- werden von niederen Lehnen durchbrochen, welche die Form eines Greif haben und in halber Bronze ausgeführt sind. Die runde Lehne hat eine Bronzebekrönung im Stile Ludwigs XV., deren Masken Pferdegruppen, Muscheln und Arabesken in bewundernswerther Weise durchgearbeitet sind. Aus der Mitte des Runddivans schießt nun wie der Kelch einer Blume aus grüner Umrahmung eine dunkelrothe Marmorrotunde, welche von einer Kuppel überwölbt ist. Im Innern der Rotunde plätschert eine kleine Fontäne und über der Kuppel erhebt sich wie ein Baum mit vielen Zweigen ein Bronzelustre, der den ganzen Folgen Aufbau krönt.

Eine Fülle der prächtigsten Emailarbeiten zieht weiterhin die Blicke der Besucher auf sich. Bekanntlich werden diese reizenden Gegenstände, welche aus lauter kostbarem Gestein gebildet zu sein scheinen, so hergesteilt, daß ein farbiger Glasfluß dem Metall aufgeschmolzen wird. Um nun die Farben aneinander zu halten, werden theils auf die Metallflächen feine Metallstreifen aufgelöthet oder Vertiefungen in dieselbe eingegraben. Das erste Verfahren nennt man die Zellenerschmelz, das letztere die Grubenerschmelzung. Der Farbenreichtum und der strahlende Glanz dieser Arbeiten sind bewundernswürth. Kannen von zierlichster Form, Dosen mit schönen Frauenporträts, Nischpläschen und Kaffeten reihen sich in den Schränken in bunter Auswahl nebeneinander und geben Zeugnis dafür ab, daß diese von den Franzosen wieder neubelebte Industrie einen hohen Aufschwung genommen hat.

Unter den Juwelieren hatte Boucheron lange Zeit große Aufmerksamkeit durch ein Diamantcollier erregt, welches in der Breite von etwa einem Zoll aus langen Zweigen gebildet zu sein schien, an deren Ende sich einem Thautropfen gleich ein großer Diamant angeschlossen. Das Collier kostete 40,000 Dollars und wurde sofort von einer Amerikanerin angekauft. Auch die Zierlichkeit der Perlenfassungen Bouchérons wurde mit Recht bewundert, allein die amerikanischen Juwelere behaupten gegenwärtig doch das Feld. Diese Tiffany's, Caldwell's und Gorbams scheinen die Zauberlampe Aladins gepachtet zu haben, um all' diese Diamant-Colliers, Perlenadame, vom zartesten Rosa überhauchten Muschelrosetten, Cameos, Silbergeschirre und andere Dinge von märchenhafter Pracht hervorzuzaubern. Diese Aussteller müssen fast unerschöpfliche Magazine haben, in die sie nur immer hineingelangten, um immer und immer wieder neue Herrlichkeiten hinzuzuthun. Das wechselt fast täglich, und so oft ich noch durch diese eleganten Salons promenirte, fand ich neue Dinge und eines war immer erstaunlicher als das andere. Wo die Amerikaner diese wunderbar schönen Metallarbeiten, diese getriebenen Silbergeschirre altindischen Stils, deren glänzende Streublumen sich so lebhaft vom matten Silbergrunde abheben, diese zartgeschlittenen Cameos und andere kunstvolle Arbeiten hernehmen? Gewiß sind viele Franzosen und Deutsche in ihren Werkstätten beschäftigt, allein ebensoviele ist es, daß die Amerikaner sehr schnell von diesen lernen und mit ihrer Hilfe eine Kunstindustrie gründen, die im Laufe der Jahre einen mächtigen Aufschwung nimmt.

Wahrhaft traurig ist in der französischen Abtheilung die Möbel-Industrie vertreten. Mit Ausnahme eines Bücherchrans von dunklem Nußbaum, im Stile Ludwigs XV., der 5000 Dollars kosten soll, eine Forderung, die nicht die mindeste Berechtigung hat — sind nur



die kleineren Ebenholz-Arbeiten mit Fayence-Einsätzen von Houns er-  
wähnenwerth, bei denen die Malerei der Fayenceplatten mehr ins  
Gewicht fällt, als die Form des Gegenstands, welchem dieselbe als  
Ornament dient. Diese Toilettenstische, Stageres und Kassetten sind  
zierlich und elegant, allein sie geben uns keinen Begriff von der  
Leistungsfähigkeit der französischen Möbel-Industrie.

Hingegen hat sich die Bildhauerkunst ängstlich bemüht, uns zu  
beweisen, wie groß in Frankreich das Bedürfnis nach kirchlicher Er-  
bauung geworden ist. Wer in diese Gruppe von gekürzten Hei-  
landern, Märtyrern, schmerzreichen Marien-, Goldstücken, Cruci-  
fixen, Rosenkränzen und anderen der Andacht geweihten Fabrikate  
hineingeräth, hat Mühe, sich wieder herauszufinden. Die meisten dieser  
Arbeiten sind geschmacklos ausgeführt und auf eine plumpe, decorative  
Wirkung berechnet. Was die Franzosen schöner arbeiten, als dies  
irgend ein anderes Volk zu thun vermag, das ist Theaterschmuck.  
Diese falschen Brillanten von Bleigläsern, diese Schmuckstücke von un-  
echten Steinen, reiche Waffen und Rüstungen sehen selbst ohne Lampen-  
licht ganz prächtig aus.

Was die Gobelinweberei betrifft, so hat der Tapezierer Ambu-  
ffon eine Reihe von prächtigen Stücken ausgestellt, welche die anmuthigen  
Bilder Watteaus copiren und die sich zu Einrichtungen im Stile  
Ludwigs XV. und XVI. mit bester Wirkung verwenden lassen. Eine  
andere Arbeit stellt den Kampf eines Hundes mit Wölfen dar; auch  
diese Nachahmung eines großen Delgemäldes ist bewundernswürth.  
Uebertroffen werden aber diese Arbeiten, wie auch die der Brüder  
Braguette, noch von denen der Staats-Gobelinweberei. Diese Gewebe  
sind in Wahrheit Kunstwerke, und man hat ihnen mit vollem Recht  
einen Platz in der Memorialhalle eingeräumt. Nun ist es ja recht  
erfreulich, daß sich auch mit dem gefärbten Faden ein Bild von über-  
raschender coloristischer Wirkung und scharfer Contourirung erzielen läßt,  
allein hier bei allen Dingen, welche praktischen Zwecken dienen  
sollen, kommt es nicht auf den höchsten Grad der Vollendung an.  
Wer ist im Stande, solche Arbeiten zu kaufen? Doch nur Wenige im  
Land! Man denke endlich daran, billigere Arbeiten zu liefern, bei  
denen sich eine größere Verbreitung erwarten läßt.

Sehr reich ist die Ausstellung der Stickereien nach indischen, per-  
sischen und japanesischen Mustern und vor allem die der Lyoner Sei-  
denstoffe und Sammetwaren. Es ist schwer, dem Leser ein Bild zu  
geben von der Farbengluth der Seidenzeuge und Brocatstoffe, von der  
Reichthum der Sammete und den reichen Mustern der besseren  
Möbelstoffe; all' diese Pracht erfüllt das Auge und sättigt wie durch  
einen reichen Strom den Blick. Die Collection der Seiden- und  
Sammetwaren zeigt fast nur die äußersten Produkte und man  
begreift es, beim Anblick jener Prachtstoffe, daß es den Pariser Mo-  
distinnen und Tapezierern leicht wurde, in Modesachen zur Weltherr-  
schaft zu gelangen. Es ist auch dieser Ausstellung eine wahre Gluth  
von reizenden Damentoillets, Posamentierarbeiten, gestickten Pantof-  
feln und Schuhen und wahrhaft köstlich verarbeiteten Pelzwaren  
ausgestellt.

So wenig Frankreich in seiner Abtheilung und ein vollständiges  
Bild von der Leistungsfähigkeit seines Volkes aus dem Gebiete der  
Kunstindustrie gegeben hat, so genügt doch das, was da ist, um uns  
zu zeigen, daß es auf den meisten Gebieten noch allen Völkern voraus  
ist und zuversichtlich noch lange unser Lehrmeister bleiben wird. An  
dem französischen Volke erkennen wir, daß einzelne begabte Individuen  
es nicht vermögen, eine Kunstindustrie mit einem Male ins Leben zu  
rufen. Ein geläuterter Geschmack und Kunstverständnis sind bei der  
großen Nation das Werk von Generationen. Geschlechter sterben  
dahin, allein die Kunst lebt fort und wächst in dem Maße, als sie  
gepflegt wird von Generation zu Generation.

**Handel, Industrie etc.**

Berlin, 21. Juli. Die höhere Notiz der Londoner Consols, sonst wohl  
ein nicht zu unterschätzendes Zeichen einer gesunden und normalmäßigen  
Entwicklung, blieb hier vollkommen einflußlos, da man argwöhnte, dieselbe  
sei von Finanzmächten ersten Ranges absichtlich herbeigeführt. Andererseits  
lagen übrigens für unsere Börse manchelei Momente vor, die einem günsti-  
geren Aufschwunge sich entgegenstellten. Zunächst bestimmten die eintreffen-  
den Wiener Coursmeldungen etwas, da der Rückgang an der Wiener Börse  
mit politischen Reflexionen in Verbindung gebracht wurde. Man legte der  
Antwort des Kaisers bezüglich seines Gesundheitszustandes, die eine Ermäh-  
nung des Grades der Zeit enthielt, eine gewisse Bedeutung bei und sah in  
der Ermächtigung des Senats von Rumänien, die Reserven einzuberufen,  
wieder ein bedrohliches Zeichen der vorliegenden Haltung. Stark war unsere  
Börse aber auch betroffen durch den plötzlich erfolgten Tod eines vereideten  
Mallers. Nicht mit Unrecht sieht man voraus, daß die Regulirung seines  
schwebenden Engagements nicht nur Schwierigkeiten, sondern auch Verluste  
für die Beteiligten bringen werde. Die Prolongation nimmt ruhigen Fort-  
gang. Die Deposits stellten sich heute für Credit auf Mark 1,50, Franzosen  
1,40, Disconto-Commandit 1/2 - 1/4 pCt. Die internationalen Speculations-  
Papiere änderten wiederum ihre Notirungen nur innerhalb sehr kleiner Schwan-  
gungen und schließen gegen gestern fast unverändert. Oester. Nebenbahnen  
zeigten sich fest. Rubelsbahn und Kaschau-Oberberger gingen auch etwas  
lebhafter um. Die localen Speculationsseffecten blieben dagegen aber fast  
ganz gestillt. Disconto-Commandit 108,25, ult. 108 - 108,50 - 108,25,  
Dortmunder Union 6,40, Laurahütte matt, 60,40, ult. 60,50 - 59,75 - 60.  
Auswärtige Staatsanleihen waren fast alle sehr still. Russische Werthe zogen  
bei regerem Verkehr etwas an. Preussische und andere deutsche Staats-  
papiere ruhig und meist unverändert. Auch in Eisenbahnprioritäten gewann  
das Geschäft keine größere Ausdehnung. Eisenbahnactien belaudeten zwar  
Festigkeit, gingen aber nur wenig um. Leipziger, Thüringer und Ober-  
rheinische lebhafter. Vantactien still. Dessauer Landesbank belebt. Bank für  
Rheinland zu besserem Course reger. Preussische Bodencreditanstalt fest  
und lebhaft. Bester Internationale Bank gut bebaupet. Centralbank für  
Bauten anziehend. Preussische Hypothekbank beliebt. Berliner Handels-  
gesellschaft steigend. Centralbank für Industrie schwächer. Berliner Handels-  
nachgebend. Industripapiere wenig im Verkehr. Erdmannsdorfer Spinnerei  
belebt. Magdeburger Spirit steigend und lebhaft gefragt. Stobwasser höher,  
Flora matter. Charlottenburger Pferdebahn gefragt. Große Pferdebahn  
weichend und ebenso Viehhof matt, Sibiria niedriger.

Um 2 1/2 Uhr: Credit 233, Lombarden 128, Franzosen 440, Reichs-  
bank 155, Disconto-Commandit 108, Dortmunder Union 6,40, Laurahütte 60,  
Rhein-Mündener 101 1/2, Rheinische 114 1/2, Bergische 81 1/2, Rumänen 15,  
Lären 10 1/2. Schwächer.

Görlitz, 20. Juli. [Getreidemarkt-Bericht von Max Steinh.]  
Weiter: trübe und vorübergehender Regen. Temperatur: kühl. Der ziemlich  
anhaltende Regen in den letzten Tagen rief heute eine angenehme Stimmung  
herbor und trat gewissermaßen für seine Waare Kaufwill in den Vorder-  
grund. Daß Müller fast ohne Körnerbestände, zeigte sich heute eclatant, und  
bedarf es nur des geringsten Impulses des tonangebenden Berliner oder des  
Leipziger Saatenmarktes, um noch vor der Ernte eine Reprise und ein leb-  
hafteres Geschäft eröffnen zu lassen. Abgeber waren deshalb auch zurück-  
haltend und zwar um so mehr, als allseitig in unserer und anderen Gegen-  
den über die Roggenente Befürchtungen laut werden, — die Qualität wird  
wohl brilliant, aber ein wesentlicher Quantitätsausfall läßt sich nicht hinweg-  
leugnen, selbst in Weizen erscheinen die Hoffnungen gar zu sanguinisch, denn  
bei uns wenigstens gilt das Gleiche hier von wie beim Roggen, und sind auch  
wiederholt Wahrnehmungen von Frost gemacht worden. — Gerste und Hafer  
indef berechnen zu den schönsten Erwartungen und wird der voraussichtliche  
Ertrag hierin als der einer schon lange nicht dagewesenen guten Ernte ge-  
schilbert. — Neuer Raps wird bereits angeführt und sind die Qualitäten recht  
schön und trocken, mit dem Resultat sind Landwirthe zufrieden, doch da im  
vergangenen Jahre trübe Erfahrungen in diesem Artikel gemacht worden sind,  
so haben größere Grundbesitzer die Aussaat unterlassen. — Lebhafter Begehr  
zeigt sich deshalb, obgleich momentan noch nach keiner Gegend hin Rendement  
besteht, weil Preise zu hoch. — In seinem Weizen zeigt sich heute ziem-  
licher Begehr zu besseren Preisen, abfallende Sorten blieben vernachlässigt.

— Roggen in guter Waare blieb gefragt, einzelne Böden neuer märkischer  
fanden keine Aufnahme wegen zu hoher Preisforderung und bedeutender  
Klammheit. — Gerste wenig zugeführt und ohne besonderen Begehr. — In  
Hafer drückte das reichliche Angebot die Preise. — Raps angeboten, doch er-  
schwerten die über Mägliches hinausgehenden Forderungen das Geschäft. —  
Mais blieb in guter Aufnahme. — Erbsen zu Saatweizen sehr reger ge-  
fragt; Wicken, Lupinen vernachlässigt. — Für Futterklein zeigt sich etwas  
bessere Meinung.

Gebanbelt wurde pro 170 Pfd. Brutto: Weiß-Weizen prima 6 1/2 - 6 3/4  
Zhr., secunda 6 1/4 - 1/2 Zhr. bez. = pr. Wapl. von 2000 Pfd. Netto 81 1/2  
bis 79 1/2 bis 77 1/2 bis 74 1/2 Zhr. Gelbweizen 6 1/2 - 6 Zhr. Br. = pr.  
Wapl. 75 1/2 - 71 1/2 Zhr. — Roggen, I. 5 1/2 - 5 Zhr., II. 5 1/2 - 5 Zhr.,  
III. 4 1/2 Zhr. bez. u. Br. = pr. Wapl. 63 1/2 - 61 1/2 - 60 1/2 - 59 1/2 - 57 1/2 Zhr.  
Gerste per 150 Pfd. Brutto 4 1/2 - 1/2 Zhr. bez. = pr. Wapl. 60 1/2 - 57 1/2  
Zhr. Hafer per 100 Pfd. Netto 3 1/2 Zhr. bez., geringere Waare 3 1/4 Zhr.  
Br. = pr. 2000 Pfd. Netto 68 1/2 - 66 1/2 Zhr. Raps per 150 Pfd. Netto  
7 1/2 - 7 Zhr. bez. u. Br. = pr. 2000 Pfd. Netto 98 1/2 - 94 1/2 Zhr. bez. —  
Erbsen per 180 Pfd. Brutto 6 1/2 - 6 Zhr. bez. = pr. 2000 Pfd. Netto  
71 1/2 - 66 1/2 Zhr. Wicken 6 1/2 - 6 Zhr. = pr. Wapl. 71 1/2 - 66 1/2 Zhr.  
Lupinen, gelb per 180 Pfd. I. 4 Zhr., II. 3 1/2 Zhr. bez. u. Br. = pr.  
2000 Pfd. 44 1/2 - 35 1/2 Zhr. Mais besser Qualität 72 - 70 Cgr. per Ctr.  
bez. u. Br., en détail 72 1/2 - 73 Cgr. Br. = pr. 2.00 Pfd. 48 - 46 1/2 Zhr.  
Roggenkleie pr. 100 Pfd. 1 1/4 Zhr. bis 1/2 Zhr. bez. u. Br. Weizen-  
kleie per 100 Pfd. 1 1/2 Zhr. Br.

!! Königshütte, 19. Juli. [General-Versammlung der östlichen  
Gruppe des Vereins deutscher Eisen- u. Stahl-Industriellen.]  
Am 29. Juni d. J. tagte hier selbst die General-Versammlung der östlichen  
Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industriellen und verhan-  
delte über:

1. Anträge wegen Siftirung der Aufhebung der Eisenzölle,
2. Gesetzgebung über das Patentwesen,
3. Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich,
4. Beitritt des Vereins oder einzelner Gruppen zu dem Central-Verband  
deutscher Industrieller.

Aus dem vom Geschäftsführer, Herrn Hauptmann Schimmelpfennig,  
erstatteten Bericht darüber entnehmen wir Folgendes:

Ad 1. Der Geschäftsführer referirte zunächst über die betreffenden Ver-  
handlungen in der Sitzung des Hauptvorstandes zu Berlin am 1. Mai d. J.,  
wo es allgemein als äußerst dringend anerkannt wurde, daß „mit Rücksicht  
auf die abzuschließenden Handels-Verträge in Form einer Denkschrift an das  
Reichskanzleramt die Anträge und Wünsche des Vereins auf Siftirung der  
Zollaufhebung neu einzubringen seien“, sowie daß „volle Reciprocität der  
Zollsätze in den Industrieländern erreicht werde“.

Ein definitiver Beschluß hierüber blieb aber ausgefällt, um zuvor noch-  
mals die Ansichten und Gutachten der Gruppen einzuholen, theils um die  
volle Uebereinstimmung für ein beratigtes Vorgehen zu constatiren, theils  
um möglichst neues Material und früher noch nicht angeführte Thatsachen  
und Gesichtspunkte zu erhalten.

Ferner erwähnte der Genannte noch die Verhandlungen des deutschen  
Handelsrathes über Erneuerung der Handelsverträge, betreffend Klasse 6 des  
Zolltarifs: Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaaren, wonach von den  
deutschen Handelskammern, die sich überhaupt mit den Eisenzöllen beschäftigt,  
nur etwa der dritte Theil mehr oder weniger entschieden für den Wegfall  
dieser Zölle, fast zwei Drittel aber für wenigstens vorläufige Beibehaltung  
der noch bestehenden Eisenzölle sich ausgesprochen haben. — Die Eisen-  
industriellen aber — auch insofern sie sich gemäßigter freihändlerischer An-  
schauungen nicht verschließen — gaben fast ausnahmslos die Erklärung ab,  
„daß die für den 1. Januar 1877 in Aussicht genommene Aufhebung der  
letzten Zölle ausgeführt werde“, ebenso wird ein besonderes Gewicht darauf  
gelegt, „daß das Zollverhältniß Frankreich, Belgien, Schweiz und Oesterreich  
gegenüber auf dem Fuße der Parität geregelt werde“, endlich, „daß Ueber-  
gewicht Englands unter allen Umständen als ein höchst bedrohliches be-  
zeichnet.“

Die über diese Frage eröffnete Debatte war sehr lebhaft. Als eine not-  
wendige Consequenz des bisherigen Verhaltens wurde zunächst ohne Wei-  
teres angenommen, daß die Gruppe den Ansichten des Hauptvorstandes be-  
züglich Siftirung der Zollaufhebung in der Theorie entschieden beipflichtet,  
dagegen konnte eine volle Reciprocität den anderen Industrie-Ländern gegen-  
über nicht für ausführbar gehalten werden, weil die thatsächlichen Productions-  
Verhältnisse gar zu verschiedenartig sind. Selbst wenn man ein so radikales  
Prinzip aufstellen wollte, so würden die Ausnahmen zahlreicher werden, als  
die Anwendung der Regel — ausgeschlossen müßten von vornherein bleiben:  
England nach der einen Richtung, Rußland nach der entgegengesetzten; auch  
Oesterreich könnte sich dem unbedingt nicht ohne Weiteres fügen. Die Folge  
dabon, gleichzeitig freilich auch die einfachste Lösung der Frage, bliebe immer  
die Beibehaltung bzw. Wiedereinführung ausreichender Eisenzölle. Daß dies  
schwierig oder, in dieser nackten Form wenigstens, nahezu unmöglich zu er-  
reichen, mußte leider constatirt werden, da das Parlament noch genau so zu-  
sammengesetzt, wie im Frühjahr, als der gleiche Antrag abgelehnt worden,  
so zu kurzer Zeit daher auf ein gerade entgegengesetztes Votum in seiner  
Weise gerechnet werden könnte.

Indessen sind doch seitdem viele Gründe, welche gegen die Eisenzölle ins  
Feld geführt, hinfällig geworden, und viele Momente hinzugekommen, welche  
die Nothwendigkeit eines Zollschutzes für die deutsche Eisen- und Stahl-  
industrie absolut beweisen, man dürfe nur die bedeutende Concurrenz des Aus-  
landes, den stetigen Rückgang der Preise und die fortschreitende Abnahme  
der Production ins Auge fassen. Allerdings ist auch nicht zu verkennen, daß  
einige erschwerende Thatsachen inswischen hinzugegetren, so ganz besonders  
der Umstand, daß ein Export von fabricirtem Eisen nach England sich factisch  
jetzt schon gefunden hat, wenn auch nur für einzelne besondere Qualitäten,  
wie Vied u. dergl.

Unter voller Berücksichtigung der gegenwärtigen parlamentarischen und  
handelspolitischen Situation müßte daher bei den bezüglich Anträgen der  
Haupt-Tenor darauf gelegt werden, eine möglichst weit gehende Reciprocität  
bei den Eisenzöllen denjenigen Ländern gegenüber zu erreichen, mit welchen  
in nächster Zeit neue Handelsverträge zu vereinbaren sind. Daraus würde  
sich dann der Zollschutz aus England gegenüber von selbst herausbilden.

Zur Kennzeichnung der Situation wird noch darauf aufmerksam gemacht,  
daß England und Belgien sich durch Bildung von Syndicaten auf die Erober-  
ung des deutschen Eisenmarktes vorbereiten, um mit dem Augenblick, in  
welchem der letzte Zoll fällt, uns mit ihren Fabricaten bis in das Herz der  
eigenen Production hinein zu überschwemen. Das betreffende Referat aus  
der „Norddeutschen Zeitung“ wird verlesen und daran die Hoffnung geknüpft,  
daß die dadurch gekennzeichnete Gefahr für unsere industrielle Zukunft aus  
der Regierung zur klaren Erkenntnis kommen möge. Die bei den parlamen-  
tarischen Debatten von den Gegnern der Zölle den Eisenindustriellen vorge-  
haltenen Zukunfts-Hoffnungen haben sich durchweg als trügerisch erwiesen,  
besonders ist die Bamberger'sche Voraussage, daß die deutsche Eisenindustrie  
in dem heimischen Eisenbahnbau einen genügenden Ersatz für etwaigen Eisen-  
Import vom Auslande finden werde — leider keineswegs wahr geworden,  
denn Eisenbahnen seien eben so gut wie gar nicht gebaut worden; in gleicher  
Weise werden auch die anderen Ansichten des Genannten und der sonstigen  
entragenden Freibändler sich als irrig erweisen. Die Folgen der verkehrten  
Handelspolitik zeigen sich jetzt schon in erschreckender Weise und werden ganz  
besonders illustriert durch die Auswanderung deutscher Eisenwerke in das  
Ausland, womit Dillingen, welches einen Theil seiner Establishments nach  
Frankreich verlegt, den Anfang gemacht. Schließen wird denselben Weg nach  
einer anderen Richtung, d. h. nach Rußland einschlagen müssen.

Bezüglich des Eisenbahn-Baues wird die hochinteressante Thatsache hinzu-  
gefügt, daß das im Ganzen äußerst geringe Bedarfs-Quantum zum Theil noch  
vom Auslande bezogen werden wird, denn die Anhalter Bahn hat für Stahl-  
schienenlieferung pro 1877 die günstigste Offerte von dem Leipziger Stahlwerk  
(Oesterreich) bekommen, weil dort die von dieser Eisenbahn aufgestellten, geradezu  
horriblen Lieferungsbedingungen, — für die vorzeitig unbrauchbar werdenden  
Schienen soll immer die doppelte Zahl neuer als Ersatz geliefert werden —  
acceptirt worden sind, während die deutschen Werke diese einer Ueberbor-  
theilung fast gleichkommende Vorchrift einmüthig als ganz unannehmbar be-  
zeichnet haben.

Aber auch noch eine andere, außer der Beibehaltung der Zölle für Fabri-  
eisen, ebenmäßig hochwichtige Frage wurde zur Besprechung gebracht, und  
zwar: die Einführung eines Roheisen-Importzoll. Wenn auch schon eine  
längere Zeit verfloßen, seitdem ein solcher Zoll aufgehört hat, so sehen wir doch  
immer noch, ja immer mehr die verberberischen Folgen der freien Roheisen-  
Einfuhr von England. Denn englisches Roheisen kommt bis in das Herz  
unseres Produktionsbezirks und wird beispielsweise auf der Rgl. Eisengießerei  
bei Gleiwitz verarbeitet. Das ist um so bedauerlicher, als über die Hälfte unserer  
Hochöfen brach liegt sowohl hier in Schlesien wie auch gleichmäßig in Westphalen —  
eine Calamität, welche in demselben Grade fortschreiten wird, wie der Im-  
port von englischem Roheisen von Jahr zu Jahr im Zunehmen ist. — Soll  
dennoch unsere Eisenindustrie, welche in der heimischen Roheisen-Production  
ihren eigentlichen Stützpunkt finden muß, aufrecht erhalten bleiben, so muß in  
nothwendiger Consequenz auch der Roheisen-Importzoll wieder eingeführt

werden, und dürfte hierfür der Satz von 50 Pf. per Zoll-Centner ange-  
messen sein.

Dagegen wird unter Anerkennung der Richtigkeit des Princips, die Be-  
schränkung laut, daß durch derartig erweiterte Anträge die Schwierigkeiten  
nur vergrößert, und daß diese neuen Forderungen nicht nur entschieden ab-  
gewiesen werden, sondern dadurch auch der Erfolg für die zeitigeren Be-  
strebungen in Frage gestellt würde.

Diese Auffassung konnte sich aber nicht weitere Geltung verschaffen und  
fand lebhafteste Opposition mit dem Sinne auf den bei der bekannten Zoll-  
Debatte im Parlament vom Minister Delbrück gemachten allgemeinen Aus-  
spruch: „daß bei der Revision der Handelsverträge auf die Zollfrage zurück-  
zukommen sei.“ Wenn nun auch der Minister, welcher diese Frage gemacht,  
nicht mehr im Amte, so könne doch mit der Person nicht auch das Engagement  
der Regierung geschwunden sein, es müßte diese vielmehr veranlaßt sein, die  
eingegangenen Verpflichtungen von Neuem zu präcificiren und anzuerkennen.

Nachdem hiermit die Debatte sich erschöpft hat, wird noch im Allgemeinen  
festgestellt, daß die Form der Anträge dem Haupt-Verein zu überlassen sei  
mit dem Hinweis, daß die Letzteren auch ganz speciell der Preussischen Re-  
gierung zu überreichen wären, und endlich einstimmig als Beschluß festgestellt:

1. womöglich volle Parität, mindestens aber eine entsprechend weit  
gehende Reciprocität bei den Eisenzöllen denjenigen Ländern gegen-  
über anzustreben, mit welchen in der nächsten Zeit neue Handels-  
verträge zu vereinbaren sind;
2. dabei auch auf die Einführung eines Roheisen-Imports hinzuwirken.

ad 2. Der Geschäftsführer liest die im Deutschen Reichsanzeiger  
Nr. 92 vom 18. April 1876, Beilage II, aufgestellten 21 Fragen und erörtert  
kurz die einzelnen Punkte.

Da eine eingehende Beantwortung des ganzen Details in pleno nicht  
möglich, so wurde beschlossen: einer Commission von drei Mitglie-  
dern diese Aufgabe zu überweisen.

Gewählt wurden die Herren Bergath Jüngst-Gleiwitz, Director Koll-  
mann-Bismarckhütte und General-Director Schrader-Koblenz.

ad 3. Bei der hierüber eröffneten Debatte erklärte zunächst ein prin-  
cipieller Gegner der Reichs-Eisenbahnen, daß man eigentlich von jeder weite-  
ren Erörterung dieses Themas absehen müsse, da die Sache selbst bereits  
als erledigt zu betrachten, indem die Regierung in voller Ausführung des  
Projectes bereits begriffen sei.

Dagegen sprechen sich mehrere Redner mit aller Entschiedenheit für die  
Reichsbahnen sans phrase aus, indem von denselben die Uebernahme der  
Eisenbahnen durch das Reich für sehr wünschenswerth erachtet wird, vor-  
nehmlich aus dem Grunde, weil die Bahnen dann nicht als melkende Kuh  
betrachtet, sondern den wahren und legitimen Interessen des Verkehrs und  
des Handels dienlich gemacht werden sollen; die Momente, welche für das  
ganze Unternehmen sprechen, überwiegen jedenfalls die etwaigen Bedenken;  
im Uebrigen wäre es wünschenswerth, auch die Gegenstände zu discutiren.

Der Geschäftsführer berichtet sodann über die bezüglich sehr ausführ-  
lichen Verhandlungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirt-  
schaftlichen Interessen in Rheinland und Westphalen und verliest die dort  
angenommenen Resolutionen und Anträge, welche vielfachen Beifall finden.

Im Anschluß hieran wird gegen die intendirte Staats-Omnipoten; noch-  
mals erörtert, daß es nur darauf ankommt, den Eisenbahnen in ihrem Be-  
triebe freie Gestaltung zu gewähren, die Uebermacht der fiskalischen Inter-  
essen auch hierin zu beschränken, dann werde die jetzige Mißere, welche Viele  
zu den Reichs-Eisenbahnen führt — mehr aus Verzweiflung als aus wirklich  
durchschlagenden Gründen — von selbst verschwinden; die Tarife würden sich  
dem wechselnden Verkehr und auch dem Concurrenz-Verhältnisse der großen  
Industriebranchen entsprechend reguliren. Allerdings sei dazu vor Allem ein  
unbedingtes Erforderniß, daß der Staat als solcher überhaupt gar keine  
Industrie treibe, weder Eisenbahnen exploitive, noch Eisen- und Kohlen ge-  
winne, denn dadurch werden alle wirtschaftlichen Verhältnisse verrückt; nach  
dieser Richtung hin müßte vorgegangen werden, dann würde die freilich  
dringend erforderliche Regulirung des Bahn- und Frachten-Verkehrs sich von  
selbst finden.

Die gestellten Anträge beziehen sich auf die vermittelnden, von Extremen  
nach beiden Richtungen sich fern haltenden Beschlässe des rheinisch-westphä-  
lischen Vereins und wird empfohlen, sich denselben im Wesentlichen anzu-  
schließen. Bei der ferneren speciellen Debatte darüber werden sie in folgender  
Form zur Abänderung genehmigt:

„Gegenüber der vielfach erörterten Frage des Ueberganges sämmtlicher  
deutscher Eisenbahnen an das Reich erklärt die Gruppe, daß sie das  
bisher übliche gemischte System zur Zeit als das richtige und den wirt-  
schaftlichen Verhältnissen des Landes entsprechende erkennt.“

Die Gruppe erklärt sich mit der von dem Landtage angenommenen  
Vorlage über Abtretung der preussischen Staatsbahnen, sowie der Rechte  
des Staates an anderen Bahnen und des Aufsichtsrechts des Staates  
an das Deutsche Reich einverstanden, weil in den Motiven auf die  
dauernde Erhaltung der Concurrenz großes Gewicht gelegt wird, aber  
nur unter der bestimmten Voraussetzung, daß bei der künftigen Gestaltung  
der Verwaltung der Eisenbahnen und der Handhabung des Aufsichts-  
rechts folgende Desiderien erfüllt werden;

- 1) Trennung der Verwaltung von der Verwaltung;
- 2) Zugewinnung von Interessenten des Handels, der Industrie und der  
Landwirthschaft bei Festlegung der auf dem Gebiete des Eisenbahn-  
wesens maßgebenden Normen und Tarife;
- 3) Feststellung von Maximaltarifen, jedoch innerhalb derselben freie  
Bewegung für die ausführenden Organe in Festlegung der spe-  
ciellen Tarife, damit den wechselnden Bedürfnissen des Verkehrs  
schleunigt und ohne Zugewinnung der Factorien der Gesetzgebung  
Rechnung getragen werden kann.

ad 4. Seitens des Geschäftsführers wird zunächst berichtet über die  
gleichartigen Verhandlungen des Haupt-Vorstandes in der Sitzung vom  
1. Mai d. J., wo die überwiegende Mehrheit sich für den Eintritt des Ge-  
samt-Vereins ausgesprochen, der entscheidende Antrag auch nur deshalb  
abgelehnt wurde, weil in damaliger Sitzung drei Gruppen gar nicht ver-  
treten waren, und der Schein einer Majorisirung vermieden werden sollte;  
es kam daher einstweilen nur das modificirte Votum zur Geltung, welches  
den Gruppen den Beitritt zum Central-Verband anheimstellte.

Dieser Beschluß des Haupt-Vorstandes wird mehrfach — mit Bezug auf  
§ 4 Alinea 9 des Statuts, wonach die Initiative nach Außen nur von dem  
Vereine, nicht aber von den Gruppen ausgehen soll — für statutenwidrig  
erklärt. Die rheinisch-westphälische Gruppe ist jedoch entgegengegesetzter An-  
sicht, wie dies mehrfach betont worden; sie hält auf eine derartige Action,  
wie sie der obige Vorstandsbeschluß empfiehlt, daß Alinea 9 des § 4 nicht  
für anwendbar. Eine Differenz in der Auslegung des Statuts ist hier also  
jedenfalls vorhanden, und wird empfohlen, diese dadurch zu beseitigen,  
die Frage: „ob der Gesamt-Verein dem Central-Verband beitreten solle“, in  
beidebenem Sinne zu entscheiden, um so mehr, als viele gewichtige Gründe  
die Stärkung dieser größeren Organisation wünschenswerth machen, ihr Ein-  
fluß auch für unsere speciellen Interessen bestens verwertet werden kann.

Dagegen findet sich aber eine lebhafteste Opposition, begründet damit, daß  
die andern in dem Central-Verband vertretenen Industrien uns nicht nur  
nichts nützen, sondern durch Voranstellung ihrer eigenen Interessen, welche  
zeitweise den unsern diametral gegenüberstehen könnten, sogar Schaden  
bereiten dürften; daß ferner durch ein solches Aufgeben in einen größeren Ver-  
band die eigene Initiative erlahmen muß und wir schließlich unser Ziel ganz  
aus den Augen verlieren werden; daß endlich auch die Stimmberichtigung  
im Centralverband, wie solche nach § 19 des betreffenden Statuts ge-  
regelt, besonders zu bemängeln sei, denn es berechtigt darnach der  
Beitrag von jährlich 300 Mark zur Wahl eines Delegirten, somit be-  
sondere Interessen, welche von irgend einer Seite geltend gemacht  
werden sollen, durch erhöhte Beiträge und einen dadurch ermöglichten  
quasi Stimmenlauf forciert werden können; die Textil- und Leber-, auch  
noch manche andere Industrie mit ihren Specialinteressen könnten öfter in  
Opposition mit uns gerathen; es lassen jene Bestimmungen daher immerhin  
die Gefährdung des Einzelnen zu.

Diesen Einwendungen gegenüber wird andererseits hervorgehoben, daß  
man sich wohl früher, als der Centralverband noch ein unregelmäßiges Chaos  
war und scheinbar unsern Verein nur suchte, um dessen feste Organisation  
auszunutzen, gegen den Eintritt in denselben verwarnten mußte; — jetzt aber,  
nachdem einige dreißig organisirte wirtschaftliche Vereine sich in Jenem ver-  
bunden haben, sei dieser Grund hinfällig; die solchergestalt gegründete Stärke,  
über das ganze Land sich ausbreitende Macht hat aber auch jetzt schon be-  
wiesen, daß sie unsern Interessen nicht entgegenstehen, sondern dieselben  
bestens schützen will. Die Grund-Tendenz des Verbandes ist ja doch: die  
Consolidirung, beziehungsweise Einführung des für die Gesamt-Industrie  
erforderlichen und ihr dienlichen Schutzes nach allen Richtungen hin; so ist  
auf der General-Versammlung in Leipzig, wo unser Verein als solcher noch  
gar nicht vertreten war, der Antrag auf Erhaltung der Eisenzölle ausgenom-  
men worden — die Behauptung also wohl durchaus gerechtfertigt, daß die  
mächtige Organisation des Central-Verbandes unseren Interessen sich dienst-  
bar gezeigt hat. Es empfiehlt sich daher der Eintritt des Gesamt-Vereins,  
womit denn auch alle Differenzen zwischen den Anschauungen der einzelnen  
Gruppen ihre Ausgleichung finden. — Dem wird noch hinzugefügt, daß die



